



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

October 2021 | DE

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)
- [EN](#)
- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)
- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)
- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

GRUSSWORT



Ein Jahr nach Beginn der neuen Mandatsperiode des EWSA: Zeit für eine erste Bilanz

Ein Jahr nach Beginn der neuen Mandatsperiode des EWSA: Zeit für eine erste Bilanz

Wir erinnern uns alle an den ersten Tag der neuen Mandatsperiode: es war der 28. Oktober 2020 mitten in der Pandemie, und die Plenartagung musste online stattfinden. Alles war so unwirklich... die Zukunft schien ungewiss... niemand wusste, wann und in welcher Form es einen Impfstoff geben würde. Und dennoch kamen wir mit unserer Arbeit in Gang.

Die Pandemie führte zu einer globalen Gesundheitskrise, die Millionen von Menschen das Leben kostete, und zu einer weltweiten Wirtschaftskrise, die wir zu überwinden suchen. In dieser dramatischen Zeit brachte die Europäische Union die Kraft und Entschlossenheit auf, äußerst schnell beispiellose Maßnahmen zu ergreifen. Unsere nationalen Gesundheitsdienste erhielten durch die Bereitstellung von medizinischer und Schutzausrüstung sowie die im Hinblick auf Impfstoffe ergriffenen Maßnahmen Unterstützung. Die EU hat wirtschaftliche und finanzielle Sofortmaßnahmen ergriffen und Finanzmittel in Rekordhöhe bereitgestellt, darunter das Instrument zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken SURE und der Aufbauplan für Europa NextGenerationEU.

Darüber hinaus sind die durch den Klimawandel geprägten Phänomene im letzten Jahr merklich angestiegen: Brände in Frankreich, Italien und Griechenland, Überschwemmungen in Belgien, den Niederlanden und Deutschland sowie die Gletscherschmelze in Grönland. Die Umwelt ist wie der menschliche Körper: Sie sendet eindeutige Signale zu ihrem Gesundheitszustand. Inzwischen ist die Gesellschaft wesentlich problembewusster, und junge Menschen sind wichtige Akteure in diesem Kampf. Mit der Bewegung „Fridays for Future“ fordern sie von der Politik konkretes und rechtzeitiges Handeln, um die Zukunft der Erde zu sichern. Die Europäische Kommission hat ihrer Umweltpolitik mit dem Grünen Deal neuen Schwung verliehen: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Die letzten Monate waren durch den Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas geprägt: Dies ist eine außerordentliche Gelegenheit für die Bürgerinnen und Bürger, sich zur Gestaltung der Europäischen Union zu äußern.

Der EWSA hat sich intensiv mit diesen Themen befasst. Er hat Stellungnahmen und Erklärungen zur Gesundheitsunion, zu NextGenerationEU, zum Grünen Deal und zur europäischen Säule sozialer Rechte erarbeitet und den Organen übermittelt. Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmer,

Unternehmer und die organisierte Zivilgesellschaft als Ganzes haben eine Stimme, und diese Stimme muss gehört werden.

Im September lud Präsidentin von der Leyen anlässlich ihrer Rede zur Lage der Union die italienische Paralympics-Goldmedaillen-Gewinnerin Bebe Vio ein: eine junge Frau, die seit ihrer Kindheit gegen alle möglichen Widrigkeiten gekämpft und diese überwunden hat. Ihre Worte sollten uns allen, insbesondere den jüngeren Generationen, ein Ansporn zum Aufbau einer Europäischen Union der Solidarität und Vielfalt sein: „Selbst wenn etwas unmöglich scheint, ist es zu schaffen.“

Giulia Barbucci, Vizepräsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

27./28. Oktober 2021, Brüssel

Europäisches Migrationsforum - 6. Sitzung

31. Oktober-12. November 2021, Glasgow

COP 26 - UN-Klimakonferenz

18./19. November 2021, Lissabon

Seminar Connecting EU

8./9. Dezember 2021, Brüssel

EWSA-Plenartagung

Verleihung des EWSA-Preises der Zivilgesellschaft 2021

ZUR SACHE



Zur Sache

Willkommen bei unserer neuen Kolumne „Zur Sache“, in der wir EWSA-Mitglieder zu wichtigen alltagsrelevanten EU-Themen, Stellungnahmen oder Veranstaltungen befragen. Den Reigen eröffnet Andrej Zorko, Verfasser der Sondierungsstellungnahme „Schlüsselemente nachhaltiger und guter Arbeit in und nach der Aufbauphase“, die der EWSA auf Ersuchen des slowenischen EU-Ratsvorsitzes erarbeitet und auf seiner Plenartagung im September verabschiedet hat.

Andrej Zorko kommt ohne Umschweife zur Sache und erklärt, warum der Grundsatz der guten Arbeit in allen Phasen während und nach COVID-19 so wichtig ist. Warum liegt dem EWSA so viel an diesem Konzept? Warum verdient es besondere Aufmerksamkeit in der EU-Politik?



Keine Abstriche am Grundsatz „Gute Arbeit für ein gutes Leben“!

von Andrej Zorko (Gruppe Arbeitnehmer), Berichterstatter für die Sondierungsstellungnahme „Schlüsselemente nachhaltiger und guter Arbeit in und nach der Aufbauphase“.

Arbeitsplatzqualität ist einer der grundlegenden Bestandteile der Lebensqualität. Ohne die Einhaltung des Grundsatzes „Gute Arbeit für ein gutes Leben“ auf allen Ebenen ist eine nachhaltige soziale Entwicklung undenkbar.

Der EWSA tritt daher dafür ein, dass diesem Grundsatz in der EU-Politik besondere Aufmerksamkeit beigemessen wird, denn andernfalls besteht die Gefahr von Ungleichheit, Armut, sozialer Ausgrenzung, Sozialdumping und unlauterem Wettbewerb. Nach Auffassung des EWSA müssen der wirtschaftliche und der soziale Aufbau Hand in Hand gehen.

Bestehende Probleme und Herausforderungen sollten unter Einhaltung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte und der in der Agenda 2030 festgelegten Nachhaltigkeitsziele angepackt werden. Daneben sollten die internationalen Normen der IAO für menschenwürdige Arbeit ebenso berücksichtigt werden wie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Der EWSA ist sich der Vielfalt und der Vielschichtigkeit des Konzepts der nachhaltigen und guten Arbeit sowie seiner verschiedenen Aspekte bewusst, die sich direkt oder indirekt auf die Lebensqualität bzw. die Rechte und die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer auswirken.

Faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Wirtschaft, Investitionen in Innovation und Entwicklung, die Verhinderung von Sozialdumping, die Förderung der Arbeitsplatzschaffung und gerechter Arbeitsbedingungen sowie geeignete Anreize sollten Schlüsselemente der Strategien der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten sein und können einen wesentlichen Beitrag zur Förderung guter Arbeit leisten.

Dies kann nur im effektiven (bi- und trilateralen) sozialen Dialog auf europäischer und nationaler Ebene gelingen. Ferner empfehlen wir, den klassischen Begriff des sozialen Dialogs um weitere, stärker strategische Inhalte zu erweitern, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und lösungsorientiert sind. Dazu gehören beispielsweise die Antizipierung des künftigen Bedarfs von Unternehmen und Beschäftigten mit bestimmten Qualifikationen und Kenntnissen, gemeinsame Maßnahmen zur Schulung von Arbeitnehmern,

die Gewährleistung eines gerechten Übergangs zur digitalen und grünen Wirtschaft sowie die Entwicklung ausgewogener Lösungen für die Tätigkeit von Plattformen und deren Regulierung sowie weitere entwicklungsrelevante Fragen.

Der EWSA weist darauf hin, dass die Aufbau- und Resilienzfähigkeit nicht unmittelbar darauf eingeht, was gute Arbeit ausmacht, und fordert die Kommission auf, diesbezüglich nachzubessern. Schutzbedürftige Gruppen wie prekär beschäftigte und junge Arbeitnehmer, die von der Epidemie am härtesten getroffen wurden, dürfen nicht vergessen werden.

Fazit: Der EWSA sieht die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner auf europäischer und nationaler Ebene in der Pflicht, dem Thema menschenwürdige und gute Arbeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken und Maßnahmen zur Gewährleistung nachhaltiger und guter Arbeit im Verbund mit allen anderen einschlägigen Interessenträgern zu planen und umzusetzen.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an...“ bitten wir EWSA-Mitglieder, eine Frage zu beantworten, die wir für besonders wichtig für das Zeitgeschehen halten.

Für die Oktober-Ausgabe haben wir **Ionuț Sibian**, stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Außenbeziehungen und Vorsitzender des Begleitausschusses EU-Westbalkan, gebeten, zum künftigen Beitritt der Westbalkanländer Stellung zu nehmen.

Zivilgesellschaft sollte die Kluft zwischen Politik und Menschen überbrücken

EWSA info: Wie kann die Zivilgesellschaft zu den EU-Beitrittsverhandlungen und zum künftigen EU-Beitritt der Westbalkanländer beitragen?

Ionuț Sibian: Der EWSA ist fest davon überzeugt, dass die Zivilgesellschaft eine aktive Rolle im Erweiterungsprozess spielen muss, um die Kluft zwischen Politik und Menschen zu überbrücken. Außerdem kann sie dazu beitragen, die praktische Umsetzung von Grundsätzen wie Redefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Medien, Gleichbehandlung und Korruptionsbekämpfung zu überwachen.

Unser Ausschuss hat sich stets für eine systematische Einbindung der Organisationen der Zivilgesellschaft (OZG) in die Konzipierung, Planung, Umsetzung und Überwachung der Reformprozesse im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt eingesetzt. Dieser Grundsatz sollte aber nicht nur für die Westbalkanländer gelten,

sondern muss auch von den EU-Institutionen selbst in der Praxis angewandt werden.

In der im März 2021 verabschiedeten EWSA-Stellungnahme zum Thema „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ haben wir der Europäischen Kommission empfohlen, die Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen Verfahrensweise für die Erweiterung stärker anzuerkennen und ihr dabei eine gewichtigere Rolle einzuräumen. Damit könnten nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Herausforderungen angegangen werden. Aus diesem Grund sollten der Aufbau der Kapazitäten der Sozialpartner und anderer OZG auf der nationalen Ebene ebenso wie die Erleichterung der regionalen Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs als Förderprioritäten der EU beibehalten werden.

Zudem haben wir die EU aufgerufen, OZG aus der Region regelmäßig mit der Erstellung von „Schattenberichten“ zur Lage der Demokratie zu beauftragen, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht der politischen Eliten im Westbalkan im Auge zu behalten. Wir haben auch die Kommission aufgefordert, in den Länderberichten ihres jährlichen Erweiterungspakets – im Einklang mit den Leitlinien der GD NEAR sowie den strategischen Leitlinien für die Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Erweiterungsregion für den Zeitraum 2021–2027 – ein klares System zur Überwachung des Umgangs der Regierungen der Westbalkanländer mit der Zivilgesellschaft zu schaffen. Dies würde die Grundlage für eine politische Reaktion im Fall von Rückschritten liefern, wobei die erzielten Fortschritte ganz konkret den Erweiterungsländern zugute kämen.

Welche Rolle kommt dabei dem vom EWSA initiierten Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans zu?

Das Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans ist Teil der Arbeit des EWSA in den Ländern der Region. Es ergänzt die bereits bestehenden bilateralen Arbeiten mit den Erweiterungsländern im Rahmen der Gemischten Beratenden Ausschüsse (GBA), die auf der Rechtsgrundlage der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen eingerichtet wurden.

Das EWSA-Forum der Zivilgesellschaft findet seit 2006 alle zwei Jahre statt und bietet die Möglichkeit zum Gedankenaustausch über die aktuelle Lage, die Bedürfnisse und die Zukunft der Zivilgesellschaft im Westbalkan. Es bringt OZG aus den Ländern der Region, EWSA-Mitglieder, Vertreter von nationalen Wirtschafts- und Sozialräten und vergleichbaren Einrichtungen sowie Vertreter der EU-Organe und internationaler Organisationen zusammen. Die Teilnehmer richten ihre Empfehlungen an die Regierungen der Westbalkanländer und die EU-Organe. Das diesjährige Forum wurde am 30.September/1.Oktober im Vorfeld des Gipfeltreffens EU-Westbalkan, das am 6. Oktober im slowenischen Brdo stattfand, in Skopje abgehalten; die Schlusserklärung des Forums wurde vor dem Gipfeltreffen an alle Interessenträger weitergeleitet. Das Forum spricht auch Empfehlungen dazu aus, wie der EWSA seine weitere Zusammenarbeit mit der Region gestalten soll.

Ionut Sibian, Vorsitzender des Begleitausschusses EU-Westbalkan

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Unser Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir eine Persönlichkeit vor, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement ein Vorbild ist. Wir freuen uns, prominente Personen aus Kultur, Politik und Wissenschaft zu begrüßen, deren Aktivität und Kreativität andere Menschen ebenfalls zum Handeln inspirieren. Diese Persönlichkeiten tragen zum Wandel unserer Lebenswirklichkeit bei.

Für die Oktober-Ausgabe von EWSA Info haben wir Frau Professorin Caroline Pauwels, Rektorin der Vrije Universiteit Brussel (VUB), eingeladen. Sie verweist auf die Folgen der Pandemie für junge Menschen und die Hochschulen und stellt drei Erkenntnisse für die Zeit nach der Pandemie vor, die sich auf die Zukunft der Studierenden auswirken könnten.

Im September 2020 trat **Caroline Pauwels** ihre zweite Amtszeit als Rektorin der VUB an. Sie hat Philosophie und Kommunikationswissenschaften studiert und gehört seit 1989 dem Institut für Kommunikationswissenschaften an, dessen Leitung sie vor einigen Jahren übernommen hat. 1995 promovierte sie mit einer Dissertation über die audiovisuelle Politik der Europäischen Union. Von 2000 bis 2016 leitete Pauwels das Forschungszentrum SMIT, das auf Informations- und Kommunikationstechnologien spezialisiert ist und 2004 in das Forschungszentrum iMinds (jetzt IMEC) eingegliedert wurde. Bei iMinds leitete sie die Abteilung Digitale Gesellschaft, in der Forschungsgruppen der Universitäten Gent, Löwen und Brüssel zusammenarbeiten. An der Universität Gent hatte sie von 2012 bis 2014 den Francqui-Lehrstuhl inne. Sie war Mitglied mehrerer Aufsichtsräte, Regierungsbeauftragte für den Fernsehsender VRT und gehört der Königlich Flämischen Akademie Belgiens für Wissenschaften und Künste an. (ehp)



Caroline Pauwels: Hochschulen in der Pandemie und ein Jahr danach

Anfang September 2021 habe ich zusammen mit den Rektoren der fünf anderen Gründungsuniversitäten unseres europäischen Netzwerks Eutopia in Brüssel die Rektoren der drei neu beigetretenen Universitäten begrüßt. Dies waren aus vielerlei Gründen ganz besondere Begegnungen.

Zunächst einmal – und dies ist vielleicht das Wichtigste –, weil wir uns nach all den Monaten endlich wieder persönlich treffen konnten. Als wir uns im März 2020 von heute auf morgen für die digitale Fortsetzung der

Universitätsarbeit entscheiden mussten, hatten wir vielleicht alle gehofft, dass dies nur für sehr kurze Zeit sein werde. Auch weil sich damals keiner von uns genau vorstellen konnte, wie das gehen könnte: Den Betrieb einer Hochschule im Online-Modus aufrechtzuerhalten. Aber irgendwie haben wir es geschafft. Im Handumdrehen wurden die Lehrkräfte für die neuen Formen des Online-Unterrichts geschult, Protokolle erstellt, um die wesentliche Arbeit in den Labors fortzusetzen, und neue zeitweilige Leitungsgremien eingerichtet, um die Universität durch diese außergewöhnlichen Zeiten zu führen. Dank des Engagements und der unerschütterlichen Beharrlichkeit so vieler Menschen haben wir es geschafft.

Aus dieser Zeit lassen sich viele Erkenntnisse gewinnen, aber drei möchte ich besonders hervorheben.

Erstens: Ungleichheiten existieren. Durch Covid sind sie ebenfalls deutlich zutage getreten. Die Wahrscheinlichkeit, krank zu werden oder zu sterben, ist in dieser Gesellschaft ungleich verteilt. Arme Menschen, Personen mit geringerer Schulbildung, People of Colour und Menschen mit Migrationshintergrund wurden von dieser Krise härter als andere getroffen. Dies haben wir auch bei unseren Studierenden beobachtet. Versuchen Sie einmal, an Online-Unterricht teilzunehmen, wenn Sie keinen Computer oder keinen Platz zum Lernen haben oder wenn Sie ihn mit Ihren Geschwistern teilen müssen. Versuchen Sie einmal, bei Ihren Kursen am Ball zu bleiben, wenn Sie nicht wissen, wie Sie Ihre Rechnungen bezahlen sollen, da sämtliche Studentenjobs gestrichen wurden. Ungleichheiten existieren. Und sie verschärfen sich weiter.

Zweitens: Diese Generation von Studierenden ist stark und resilient. In den letzten eineinhalb Jahren haben sie Großartiges geleistet – mitunter unter sehr schwierigen Bedingungen. Ich denke dabei insbesondere an die Studierendenvertreter. In den letzten eineinhalb Jahren haben sie die Universität praktisch mitgeleitet. Ich bin ihnen sehr dankbar für ihren frischen Blick, für ihre zahllosen inspirierenden Anregungen, für ihre mitunter scharfe, aber faire und immer konstruktive Kritik.

Drittens: Auch wenn wir uns alle freuen, auf den Campus zurückkehren zu können, sollten wir dem Blended Learning – einer Kombination aus Präsenz-, Online- und campusfernem Unterricht – eine echte und vor allem eine größere Chance geben. Viel zu lange schon basierte unser pädagogisches Vorgehen in erster Linie auf Frontalunterricht. Wir sollten informellem und interaktivem Lernen mehr Zeit und Raum geben. Dank Blended Learning kann dieser Wandel gelingen.

Schon vor Covid hatte meine Universität begonnen, diese gemischten Lernformen stärker einzusetzen. Im Rahmen des Projekts „WeKONEKT.brussels“ haben wir Studierende mit der Stadt, mit dem Berufsfeld und mit Praktikern vertraut gemacht. Durch Unterricht an ihrem möglichen künftigen Arbeitsplatz und die Einbeziehung von Praktikern wurde er nicht nur abwechslungsreicher, sondern die Studierenden erhielten auch ein realistischeres Bild vom Arbeitsmarkt.

Wir teilen dieses Modell nun mit unseren Eutopia-Partnern. So können wir unserer Meinung nach gewährleisten, dass unsere Absolventinnen und Absolventen für die Zukunft gerüstet sind und die erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen für die Herausforderungen ihres weiteren Leben erworben haben.

Caroline Pauwels



[Herman van Rompuy: The old poet speaks gently](#)

We are pleased to continue the publication of the series of haikus, under the common title "The old poet speaks gently", offered to us by their author, Herman van Rompuy, former president of the European Council.

Original version of haikus is in French.

Summer slowly slips away
To the colours of autumn
The eternal charm

Butterflies fly
Without even knowing
In which countries they are

The light is still bright
The leaf hanging on the branch
Time slips away slowly



[Herman van Rompuy : Le vieux poète parle doucement](#)

Nous sommes heureux de poursuivre la publication de la série de haïkus, sous le titre commun "Le vieux poète parle doucement", que nous a offerts leur auteur, Herman van Rompuy, ancien président du Conseil européen.

L'été glisse lentement
Aux couleurs de l'automne
Le charme éternel

Les papillons volent
Sans même savoir
Dans quels pays ils sont

La lumière est encore vive
Le feuille suspendue à la branche
Le temps glisse lentement



Kommissarin Elisa Ferreira und EWSA-Präsidentin Christa Schweng: Kohäsion muss im Mittelpunkt des Europas nach der Pandemie stehen

Die Kohäsionspolitik ist der Schlüssel zur Neugestaltung der Europäischen Union nach der COVID-19-Krise, bei der Wohlstand, Inklusion und ökologische Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen – unter voller Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft. So lautete die Botschaft von Präsidentin Christa Schweng auf der EWSA-Plenartagung im September, der sich auch die EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, anschloss.

Seit Beginn der COVID-19-Krise trägt die Kohäsionspolitik dazu bei, Lösungen in dieser Notsituation zu finden. Auch im Programmplanungszeitraum 2021–2027 sollte sie dazu eingesetzt werden, die während der Pandemie noch größer gewordenen Herausforderungen und Ungleichheiten anzugehen, die in und zwischen den Mitgliedstaaten, Regionen, Städten und Menschen bestehen.

„Die Kohäsionspolitik spielt eine Schlüsselrolle für einen ausgewogenen Aufschwung, bei dem niemand zurückgelassen wird. Die Partnerschaft mit den Organisationen der Zivilgesellschaft gehört zum Fundament dieser Politik, und wir würden es begrüßen, wenn dieser Grundsatz auf NextGenerationEU und die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne ausgeweitet wird. Die Kohäsionspolitik sollte auch weniger bürokratisch, stärker digitalisiert und wirksamer werden“, erklärte **Christa Schweng**.

EU-Kommissarin Ferreira wies darauf hin, dass die COVID-19-Krise bestehende Ungleichheiten verschlimmert und neue geschaffen habe, insbesondere für Arbeitnehmer an vorderster Front, schutzbedürftige Menschen wie ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, für Menschen mit schlechterem Zugang zu Dienstleistungen und für diejenigen, die stärker unter den Auswirkungen des Lockdowns gelitten hätten, wie Frauen und Jugendliche: „Unsere Union ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Die Bekämpfung und Verringerung von Ungleichheiten ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine starke und florierende Union. Soziale Gerechtigkeit und Inklusivität müssen im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Erholung stehen. Wir können soziale Probleme nur lösen, wenn räumliche und regionale Ungleichheiten beseitigt werden. Dabei müssen wir auch darauf achten, wo die Menschen leben.“ (mp)



Medienfreiheit muss auch künftig oberste Priorität haben

Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** schließt sich den Bemühungen der EU an, den besorgniserregenden Trend hin zu einer immer stärkeren Beschneidung der Medienfreiheit und der journalistischen Unabhängigkeit umzukehren. Die Ursachen dafür liegen

im wachsenden Druck, der durch verschiedene Macht- und Wirtschaftsstrukturen ausgeübt wird, in der schlechten Bezahlung und der Konzentration der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich sowie der starken Verbreitung von Fake News in den sozialen Medien und über andere Kanäle.

Auf der September-Plenartagung zeigte sich der EWSA in einer Debatte mit der Leiterin des Brüsseler Büros von Reporter ohne Grenzen, **Julie Majerczak**, und dem Generalsekretär des Europäischen Journalistenverbands (EFJ), **Ricardo Gutiérrez**, besorgt darüber, dass Journalistinnen und Journalisten zunehmend verbalen und physischen Angriffen ausgesetzt sind und seit 2015 16 von ihnen ermordet wurden.

„Wir beobachten Tendenzen in Europa, die wir nicht hinnehmen können. Medienfreiheit und -vielfalt sind die Voraussetzungen für eine gut funktionierende Demokratie und gehen daher uns alle an. Professioneller Journalismus kann niemals durch Algorithmen, Newsfeeds oder soziale Netzwerke ersetzt werden“, betonte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**.

Der EWSA unterstützt die jüngsten Initiativen der Europäischen Kommission, darunter die Empfehlung zur Gewährleistung der Sicherheit von Journalisten, die letzte Woche von Kommissionsmitglied Věra Jourová vorgelegt wurde. Er begrüßt zudem die Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der Union, in der Ursula von der Leyen einen „Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit“ angekündigt hat.

Dennoch forderte er die Kommission in seiner Stellungnahme zum Thema [Freiheit und Vielfalt der Medien in Europa sichern](#) auf, einen Konditionalitätsmechanismus anzuwenden und Haushaltssanktionen gegen die Länder zu verhängen, in denen die Medienfreiheit und -vielfalt ernsthaft bedroht sind.

Der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Christian Moos**, warnte: „Empfehlungen zum Schutz und zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten werden nicht ausreichen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Mitgliedstaaten, welche die Medienfreiheit behindern, müssen vom Aufbauinstrument NextGenerationEU ausgeschlossen werden. Die Verordnung zur Konditionalität muss angewandt werden. Ungarn und Polen versuchen die Medienfreiheit zu zerstören – teilweise schon mit Erfolg. Ihre Regierungen müssen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen; andernfalls können sie nicht länger der EU angehören, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als unverzichtbare Voraussetzungen für die Medienfreiheit rechtlich garantiert.“

Julie Majerczak und **Ricardo Gutiérrez** bekundeten ihre Unterstützung für die Stellungnahme des EWSA und EU-Maßnahmen zur Gewährleistung der Medienfreiheit und -vielfalt, betonten jedoch auch, dass den Empfehlungen der Kommission und dem von ihr vorgeschlagenen Plan unbedingt auch Taten folgen müssen.

(II)



Den Worten Taten folgen lassen, dank der Zivilgesellschaft – EWSA-Präsidentin Christa Schweng begrüßt die in der Rede zur Lage der Union genannten Prioritäten und Ziele

Ein starkes Gewicht auf der Erholung der EU, der Gesundheitsunion und der Digitalisierung, eine klare Position zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und ein Schwerpunkt auf der Zukunft Europas: Der EWSA begrüßt diese Aspekte der diesjährigen Rede zur Lage der Union, die mit seinen eigenen Prioritäten übereinstimmen.

Für den EWSA hat die Umsetzung der in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen festgelegten Reformen weiterhin Priorität. Dabei müssen die Bedürfnisse der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Zivilgesellschaft im Allgemeinen berücksichtigt werden.

„Diese Reformen können nur unter umfassender Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft umgesetzt werden“, erklärte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**.

Die schnellen Forschungsarbeiten sowie die rasche Verfügbarkeit und Verteilung der COVID-19-Impfstoffe haben gezeigt, das Europa handlungsfähig ist. Eine echte Gesundheitsunion, wie sie von Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** hervorgehoben wurde, ist eine der Schlüsselprioritäten des EWSA in der jetzigen Mandatsperiode.

In Bezug auf die Investitionen in Zukunftstechnologien betont der EWSA, dass die EU ihre eigene Vision und Strategie für digitale Souveränität entwickeln und gleichzeitig offen für den Freihandel bleiben und das multilaterale System unterstützen muss.

Die **EWSA-Präsidentin** begrüßt auch die klare Haltung der Europäischen Kommission in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit. Wir müssen die europäischen Werte verteidigen.

Nach Auffassung des EWSA hängt der künftige Erfolg des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells von unserer Fähigkeit ab, uns mit dem Rest der Welt als Partner zu vernetzen – von unseren unmittelbaren Nachbarn wie dem Westbalkan bis hin zu anderen geopolitischen strategischen Partnern. (at)



Dem erneuerten Bekenntnis der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels müssen konkrete Resultate folgen

Der EWSA unterstützt grundsätzlich die neue Strategie der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels 2021- 2025, macht jedoch auch darauf aufmerksam, dass die soziale Dimension in dieser

Politik berücksichtigt werden muss.

Bezüglich der Rechte der Opfer und der sozialen Aspekte greift die neue EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels zu kurz. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Situation der Opfer in der Strategie nicht konsequent unter humanitären Gesichtspunkten betrachtet wird.

Der EWSA-Berichtersteller **Carlos Manuel Trinidad** weist darauf hin, dass „Menschenhandel den Opfern auch deswegen enormes Leid zufügt, weil es sich um einen Angriff auf ihre Würde handelt. Das ist der Grund, warum bei dessen Bekämpfung auch die soziale Dimension berücksichtigt werden sollte.“

Da sowohl die Profite als auch die Zahl der Opfer zunehmen, begrüßt der EWSA den Standpunkt der Kommission, dass die Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss, und dass sich ihre Überprüfung auf eine gründliche Bewertung der ermittelten Defizite und der Entwicklungen im Bereich des Menschenhandels stützen sollte.

Des Weiteren unterstreicht der EWSA die Notwendigkeit härterer Strafen und unterstützt die Festlegung von EU-Mindestvorschriften, durch die am Menschenhandel und an der Ausbeutung der Opfer beteiligten Netze strafrechtlich verfolgt werden können.

Die soziale Dimension bei der Umsetzung der Strategie einbringen

Woran es dem Plan komplett mangelt, ist die Anerkennung und die Durchsetzung der Rechte der Opfer, die im Mittelpunkt stehen sollten, gilt es doch, die Würde des Menschen und seine Rechte zu bekräftigen. Den Opfern sollte das Recht auf Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft im Rahmen eines angemessenen und zügigen Integrationsprozesses gewährt werden.

In der Stellungnahme wird überdies die Notwendigkeit angemessener und ausreichender wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen für die Menschen in den Herkunftsländern hervorgehoben. Dies ist die wichtigste Voraussetzung dafür, die Anwerbung der Opfer durch Menschenhändler zu erschweren oder zu verhindern.

Schließlich sollten in der neuen Strategie die erhebliche Unterstützungsarbeit durch lokale Solidaritätsnetze bei dem Schutz, der Aufnahme und der Integration der Opfer sowie die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen anerkannt werden. (at)



[EWSA: Freiwillige Rückkehr kann zu einem Euphemismus für Abschiebungen werden](#)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Bemühungen der Kommission, die Maßnahmen zur Regelung der freiwilligen Rückkehr von Migranten und ihrer Wiedereingliederung in ihr Herkunftsland zu harmonisieren. Er

äußert jedoch Zweifel an der Durchführbarkeit einiger der vorgelegten Vorschläge und ist besorgt, dass die freiwillige Rückkehr zu Abschiebungen von Migranten aus der EU führen könnte.

Der EWSA betont, dass die freiwillige Rückkehr in den meisten Fällen nicht richtig funktioniert – aufgrund der mangelnden Beteiligung der Herkunftsländer und der häufig nur widerstrebenden Teilnahme der Migranten, die sich in einer irregulären Situation befinden.

Der Standpunkt des EWSA wird in einer auf seiner September-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme zum Thema „Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung“ dargelegt. Darin befasst sich der Ausschuss genauer mit der Strategie, einem der Kernziele des neuen Migrations- und Asylpakets.

Der EWSA bekräftigt seine bereits zuvor geäußerte Kritik an dem Paket: Es ist fast ausschließlich auf die Bekämpfung irregulärer Situationen ausgerichtet – ob an den Grenzen oder durch freiwillige bzw. erzwungene Rückkehr. Was fehlt, ist ein umfassender Ansatz für die Einwanderungs- und Asylpolitik, der eine reguläre und sichere Mobilität fördert. Der EWSA erachtet dies als eine strategische Schwäche der Einwanderungs- und Asylpolitik der EU.

„Auch für Irregularität gilt: vorbeugen ist besser als heilen. Das bedeutet, dass wir sichere und wirksame Einreisemöglichkeiten in die EU gewährleisten müssen. Wenn uns das gelingt, könnten die irregulären Einreisen zurückgehen“, erklärte der für diese Stellungnahme zuständige Berichterstatter **José Antonio Moreno Díaz**.

Das derzeitige Vorgehen sei Stückwerk und habe einige Mängel.

Gerade die den Herkunftsländern bisher gebotenen Anreize könnten sie davon abhalten, die Migrationsströme zu verringern. Denn diese Anreize werden im Rahmen von Programmen geboten, die den irregulären Aufenthalt von Menschen voraussetzen.

Der EWSA ist besonders besorgt über das Ziel des Pakets, die rasche freiwillige Rückkehr an den EU-Außengrenzen zu fördern.

„Sind solche Fälle beschleunigter Rückkehr wirklich freiwillig, oder handelt es sich nicht vielmehr um Abschiebungen? Wir befürchten, dass ‚freiwillige Rückkehr‘ womöglich zu einem Euphemismus wird, wenn es um Ausweisungen oder die finanzielle Entschädigung von Zielländern geht, die die freiwilligen Rückkehrer aufnehmen, ohne dass deren Wünsche und – was noch besorgniserregender ist – deren Rechte berücksichtigt werden“, betonte **José Antonio Moreno Díaz**.

Der EWSA kommt zu dem Schluss, dass jedwede Zusammenarbeit mit Drittländern unbedingt darauf fußen muss, dass diese das Völkerrecht achten und den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gewährleisten.



[Künstliche Intelligenz in Europa: Nicht alle Entscheidungen lassen sich auf ein binäres System reduzieren](#)

In zwei Stellungnahmen zu Vorschlägen für Rechtsvorschriften der EU zur künstlichen Intelligenz (KI) plädiert der EWSA für ein vollständiges Verbot des Social Scoring und für ein Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren für Bürgerinnen und Bürger, die durch KI-Systeme Schaden erleiden.

Auf seiner September-Plenartagung begrüßte der EWSA das vorgeschlagene [Gesetz über künstliche Intelligenz](#) und den [Koordinierten Plan für KI](#).

Der EWSA stellt fest, dass der Schwerpunkt der neuen Rechtsvorschriften tatsächlich auf Gesundheit, Sicherheit und Wahrung der Grundrechte liegt. Die Vorschriften sind von globaler Tragweite, da sie eine Reihe von Auflagen vorsehen, die Entwickler sowohl in als auch außerhalb der EU einhalten müssen, wenn sie ihre Produkte in der EU vermarkten wollen.

Der EWSA sieht allerdings auch einige Schwächen der Vorschläge, u. a. im Bereich des Social Scoring. Er verweist auf die Gefahr, dass diese Praxis in Europa ähnlich wie in China an Boden gewinnt. Dort kann die Regierung auf dieser Grundlage sogar den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verwehren.

Der Gesetzesentwurf über KI sieht zwar ein Verbot des Social Scoring durch öffentliche Behörden in Europa vor. Der EWSA spricht sich allerdings für eine Ausweitung des Verbots auf private und halbstaatliche Stellen aus, um beispielsweise die Nutzung des Social Scoring zur Ermittlung der Kredit- bzw. Darlehenswürdigkeit der Bürger auszuschließen.

Darüber hinaus verweist der EWSA auf die Gefahr, die eine listenbasierte Aufführung von Hochrisiko-KI-Systemen birgt. Denn dadurch werden zahlreiche KI-Anwendungen, die nach wie vor im Kreuzfeuer der Kritik stehen, als normal und massentauglich etabliert. Zugelassen wäre dann z. B. die biometrische Erkennung, zu der auch die Emotions- oder Affekterkennung gehören, bei der die Gesichtsausdrucksform, Stimmlage, Körperhaltung oder auch Gesten von Personen analysiert werden, um künftiges Verhalten vorherzusagen, Lügen aufzudecken und sogar zu ermitteln, ob jemand Erfolg am Arbeitsplatz verspricht. Zugelassen wäre auch eine KI-gestützte Beurteilung, Bewertung und sogar Entlassung von Arbeitnehmern oder eine Prüfungsbewertung der Studierenden.

Zudem können die vorgeschlagenen Auflagen für Hochrisiko-KI den möglichen Schaden für die Gesundheit, Sicherheit und die Grundrechte nicht immer abfedern. Deshalb ist ein Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren erforderlich, damit Bürgerinnen und Bürger, die durch KI-Systeme Schaden erleiden, algorithmusbasierte Entscheidungen anfechten können.

Generell liegt nach Auffassung des EWSA dem KI-Gesetz die Annahme zugrunde, dass KI weitgehend menschliche Entscheidungen übernehmen kann, sofern die Anforderungen an KI mit mittlerem und hohem Risiko erfüllt sind.

„Wir haben uns im EWSA seit jeher dafür ausgesprochen, dass die KI stets der Kontrolle durch den Menschen unterliegen soll („Human-in-Command“), weil sich nicht alle Entscheidungen auf die Zahlen 1 und 0 reduzieren lassen,“ so **Catelijne Muller**, Berichterstatterin der EWSA-Stellungnahme zum Gesetz über künstliche Intelligenz. „Viele der Entscheidungen haben auch eine ethische Dimension und rechtliche oder gesellschaftliche Auswirkungen, insbesondere in Bereichen wie Justiz, Strafverfolgung, Sozialdienste, Wohnungswesen, Finanzdienstleistungen, Bildung und Arbeitsbeziehungen. Wollen wir wirklich zulassen, dass KI die Entscheidungshoheit übernimmt, sogar in kritischen Bereichen wie Strafverfolgung und Justiz?“ (dm)



Erster EU-Bio-Tag: EWSA unterstreicht die Bedeutung nachhaltigerer, gerechterer und inklusiverer Lebensmittelsysteme

Langsam erholt sich Europa von der COVID-19-Krise. Höchste Zeit also, den Worten Taten folgen zu lassen und die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ umzusetzen. Der EWSA plädiert nachdrücklich dafür, den Wandel der europäischen Lebensmittelsysteme zu unterstützen, damit sie ökologischer, wirtschaftlicher und sozial nachhaltiger werden. Er hebt auch hervor, dass die Zusammenarbeit – und nicht der Wettbewerb – zwischen den Akteuren der Lebensmittelkette von entscheidender Bedeutung ist, um ein widerstandsfähigeres und inklusiveres Lebensmittelsystem zu fördern, das allen gleichermaßen zugutekommt.

Am 23. September 2021 beging die Europäische Union ihren ersten Bio-Tag, und der EWSA hat kürzlich Stellungnahmen zum [Aktionsplan zur Förderung der ökologischen/biologischen Produktion](#) sowie zur [Sicherung einer fairen Lebensmittelversorgungskette](#) verabschiedet.

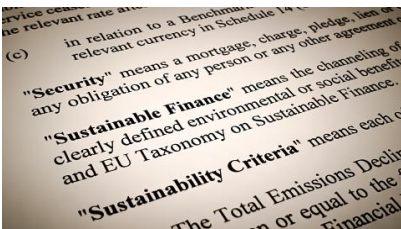
Den Entscheidungsträgern bieten sich in nächster Zeit weitere beachtliche Möglichkeiten, die erforderlichen Veränderungen herbeizuführen. Bei der Umsetzung einer umfassenden Lebensmittelpolitik haben wir eine entscheidende Phase erreicht.

Ausweitung des ökologischen Landbaus von 8,5 % auf mindestens 25 % der landwirtschaftlichen Fläche der EU – ein ehrgeiziges Ziel

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des europäischen Grünen Deals mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie ein Ziel für die biologische Produktion in der EU festgelegt: Bis 2030 sollen mindestens 25 % der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet werden.

„Der ökologische Landbau ist wichtig für die Umsetzung der Ziele des europäischen Grünen Deals. Entscheidend ist ein marktorientierter Ansatz zur weiteren Steigerung der Nachfrage und des Vertrauens der Verbraucher in Bio-Produkte“, so Andreas Thurner, Berichterstatter der EWSA-Stellungnahme zur ökologischen/biologischen Produktion.

Der EWSA betonte jedoch, dass ausreichende Finanzmittel bereitgestellt werden müssen, damit die Vorteile dieser weitreichenden Umstellung auf ökologischen Landbau allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugutekommen. (mr)



Taxonomie für nachhaltiges Finanzwesen: ein zentrales Instrument zur Förderung umweltfreundlicher Investitionen und zur Bewältigung des Klimawandels

Die EU braucht dringend wirksame Maßnahmen, um die Emissionen zu reduzieren und den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Das von der Europäischen Kommission vorgelegte Paket für ein nachhaltiges Finanzwesen hat hier das Potenzial, einen klaren, kohärenten und umfassenden Rahmen zu schaffen, in dem sich eine umweltfreundlichere Wirtschaft ohne Knebeleffekte entwickeln kann.

Mit der auf der September-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme von **Stefan Back** unterstützt der EWSA voll und ganz die Maßnahmen der Kommission zur Festlegung von Standards für die Definition von „nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten“, weist jedoch darauf hin, dass einige dieser Maßnahmen insbesondere KMU vor komplexe und kostspielige Herausforderungen stellen könnten.

Der Ausschuss hält es für wichtig, klare technische Kriterien für grüne Investitionen festzulegen, die unmittelbar zu den europäischen Klimazielen beitragen und an denen die Praktiken der betroffenen Wirtschaftszweige und des Finanzsektors ausgerichtet werden können. Standards hingegen, die von den maximalen Anforderungen der EU-Rechtsvorschriften abweichen, können zur Verwirrung führen. Deshalb empfiehlt der EWSA eher, die bereits bestehenden Anforderungen weiter zu stützen.

„Das Maßnahmenpaket der Kommission zielt darauf ab, Investoren in die Lage zu versetzen, Investitionen verstärkt in nachhaltigere Technologien und Unternehmen zu lenken. Wir brauchen effiziente, leicht anwendbare, innovative und produktive Instrumente, die rasch eindeutige Ergebnisse bringen. Die Bewertung der Delegierten Verordnung zur Taxonomie für nachhaltiges Finanzwesen sollte unter diesem Gesichtspunkt erfolgen“, unterstrich **Herr Back**. (mp)



8. Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans: Der Platz dieser Region ist in der EU

Auf dem EWSA-Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans am 30. September/1. Oktober in Skopje wurden der aktuelle Stand der klaren EU-Beitrittsperspektive der Region und die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft in diese Bemühungen beleuchtet.

Das vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Regionalen Kooperationsrat organisierte Forum kam zum richtigen Zeitpunkt, wenige Tage vor dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Brdo unter dem slowenischen Ratsvorsitz.

Der Ministerpräsident der Republik Nordmazedonien, **Zoran Zaev**, betonte: „Das Thema ‚Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan‘ ist angesichts der aufgezwungenen Erweiterungsblockade genau das richtige Thema zur richtigen Zeit.“

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** bekräftigte die klare Unterstützung des Ausschusses für eine Erweiterung der Union um die Länder dieser Region.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass der Platz des Westbalkans in der EU ist. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass jegliche Erweiterungsdebatte implizit eine Debatte über die Zukunft Europas ist, weshalb die Zivilgesellschaft der Region und der EU umfassend in diesen Prozess einbezogen werden sollte.“

Der EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, **Olivér Várhelyi**, hielt fest: „Der Weg in die EU ist lang und kompliziert und voller Herausforderungen. Aber Durchhaltevermögen führt zum Ziel. Für mich steht es außer Frage: die Zukunft des Westbalkans liegt in der Europäischen Union.“

Gašper Dovžan, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Sloweniens, bestätigte, dass eine Erweiterung ein logischer Schritt und ein für beide Seiten vorteilhafter Prozess ist, der Ehrgeiz und Resilienz erfordert.

Eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft ist für den Beitrittsprozess unabdingbar

Biljana Spasovska vom Netz für die Entwicklung der Zivilgesellschaft auf dem Balkan (BCSDN) zeigte sich besorgt angesichts der zunehmend eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten und fehlenden Mitteln der Zivilgesellschaft, da insbesondere während der Pandemie grundlegende Freiheiten beschnitten wurden.

Die Teilnehmer am Forum hoben hervor, dass die Versammlungsfreiheit gewahrt und ein offener bürgerlicher Raum gesichert werden müssen.

Die Leitlinien zur Umsetzung der Grünen Agenda für den Westbalkan und des Wirtschafts- und Investitionsplans wurden ebenfalls erörtert. Ihr Erfolg hängt jedoch von der echten Einbeziehung und aktiven Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Politikgestaltung ab.

Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen muss in allen Ländern der Region reformiert werden, und die Zivilgesellschaft muss unabhängig und frei von politischer Einflussnahme sein.

Die Abschlusserklärung des 8. Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans finden Sie [hier](#). (at)



[EWSA tritt der Europäischen Rohstoffallianz bei](#)

Seit 1. Oktober 2021 nimmt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) offiziell an der Europäischen Rohstoffallianz teil. Die Europäische Rohstoffallianz wurde von der Europäischen Kommission am 29. September 2020 ins Leben gerufen, um die Resilienz und strategische Autonomie bei der

Versorgung von Industrie und Gesellschaft mit kritischen Rostoffen in der EU zu fördern. Sie umfasst derzeit über 500 Mitglieder aus der EU und aus Drittstaaten.

Aufgrund der EWSA-Stellungnahme [CCMI/177](#) ersuchte die Europäische Rohstoffallianz den Ausschuss um seine offizielle Mitwirkung als Beobachter. Mit Blick auf seine früheren Arbeiten an mehreren EWSA-Stellungnahmen im Bereich Rohstoffe ernannte das EWSA-Präsidium **Andrés Barceló Delgado** (ES-I) zum Beobachter des EWSA in der Rohstoffallianz. Unterstützt wird er von **Norbert Kluge** (DE-II) und **Kestutis Kupsys** (LT-III). Gemeinsam übernehmen sie auch die Koordinierung der Beiträge.



Volkslauf für ein besseres Europa

Am 12. September fand zum 41. Mal der Lauf „20 km von Brüssel“ statt. Dieses Jahr war er zwei Kampagnen gewidmet. Die erste betraf die Bekanntmachung der Konferenz zur Zukunft Europas unter dem Motto „Die Zukunft liegt in Ihrer Hand“. Die zweite gilt der Unterstützung des Kampfes gegen Krebs und dem

Sammeln von 10 000 Euro für die Krebsbekämpfung und zur Unterstützung der Forschung. Dabei gingen 10 Euro der Anmeldegebühr direkt an TELEVIE, eine Wohltätigkeitsveranstaltung, die seit 1989 von RTL-TVI im französischsprachigen Belgien und Luxemburg für die wissenschaftliche Erforschung von Krebs bei Kindern und Erwachsenen organisiert wird.

Mehr als 22 000 Läufer und Läuferinnen aus über 100 Ländern sowie Geher, Handfahrrad- und Rollstuhlfahrer kamen zusammen, um durch die Straßen Brüssels zu laufen, zu gehen bzw. zu fahren. Über 800 Kolleginnen und Kollegen der europäischen Institutionen nahmen am Lauf teil und trugen dabei das Teamtrikot „Running for Europe“.

Den diesjährigen Lauf gewann Amaury Paquet aus Lüttich (Belgien) mit einer Zeit von 59:31 Minuten, dem drittbesten Ergebnis in der Geschichte der Veranstaltung. Als schnellste Frau passierte Florence De Cock, ebenfalls aus Lüttich, mit einer Zeit von 1:09:50 die Ziellinie.

Der EWSA war durch seinen Vizepräsidenten **Cillian Lohan** vertreten, der zusammen mit **Stefaan De Rynck**, dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Belgien, den Startschuss gab. Die Läuferinnen und Läufer wurden auch von **Jaume Duch**, Generaldirektor für Kommunikation des Europäischen Parlaments, und von **Königin Mathilde von Belgien** begrüßt, die selbst am Lauf teilnahm.

Die nächsten „20 km von Brüssel“ finden am 29. Mai 2022 statt. (ehp)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Europäische Arbeitgeber hinterfragen praktische Aspekte des Pakets „Fit für 55“

von Arnold Puech d'Alissac, Gruppe Arbeitgeber

Wenige Wochen nach der Vorlage der Gesetzgebungsvorschläge für das „Fit-für-55-Paket“ – ein Maßnahmenbündel im

Zusammenhang mit dem Aufbaufonds, durch den die Europäische Kommission das Ziel einer Verringerung der CO₂-Emissionen um 55 % bis 2030 erreichen will – sind die europäischen Arbeitgeber dabei, die angekündigten Maßnahmen zu prüfen. Sie halten die eingeschlagene Richtung zwar für gut, setzen hinter viele praktische Aspekte jedoch ein Fragezeichen.

Die europäische Industrie investiert schon jetzt stark in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, in Wasserstofftechnik und in die CO₂-Abscheidung und -Speicherung. Ein ideologischer Ansatz sollte deshalb auf jeden Fall vermieden werden. Ein solcher Ansatz wird in Klima- und Energiefragen im Zuge des Grünen Deals oft parteiübergreifend gewählt. Er bringt jedoch die Gefahr mit sich, dass ganze Produktionsbereiche unumkehrbar geschädigt werden, wäre eine große Gefahr für Beschäftigung und Gesellschaft und könnte die wirtschaftliche Erholung ins Wanken bringen.

Insbesondere ist zu bedenken, dass das 55 %-Ziel Schätzungen zufolge Investitionen von mehr als 3,5 Billionen Euro bis 2030 erfordern könnte. An öffentlichen Mitteln ist aber kaum eine Billion Euro verfügbar, d. h. weniger als ein Drittel der nötigen Summe.

Dabei muss man sich stets vor Augen halten, dass die europäische Industrie mit ihren technischen Innovationen in Produkte und Produktionsprozesse die Lösung und nicht der Bremser auf dem Weg der Dekarbonisierung ist. Für den grünen Wandel der Industrie werden in den nationalen Reformprogrammen nicht genügend Mittel bereitgestellt.

Es muss gehandelt werden. Wir brauchen einen harmonisierten, flexiblen Regelungsrahmen für einen wirklich integrierten Energiemarkt. Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen mit Ländern, die die Klimaziele der Kommission nicht teilen, insbesondere in emissionsintensiven Industriezweigen. Und wir brauchen eine Investitions- und Innovationspolitik, die die industriellen Ökosysteme Europas widerstandsfähiger und technisch dynamischer macht.

Den vollständigen Artikel finden Sie hier: europa.eu/!QC7Fpd



Standpunkt der Arbeitnehmer zur Rede zur Lage der Union 2021

von der Gruppe Arbeitnehmer

Die Rede zur Lage der Union 2021 fehlt es an Ehrgeiz und Deutlichkeit, auch wenn darin praktisch alle zentralen Herausforderungen Europas benannt werden.

Strukturreformen sind sicherlich wichtig, aber im Plan für die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau der EU, der in dem [Positionspapier der Gruppe Arbeitnehmer](#) und in dem [Beitrag des EWSA zum Arbeitsprogramm 2022 der Europäischen Kommission](#) vorgeschlagen wurde, müssen die Bekämpfung von Ungleichheit und Armut sowie die Schaffung der zuletzt verloren gegangenen Arbeitsplätze unter besonderer Berücksichtigung der schutzbedürftigsten Gruppen und der steigenden Erwerbsarmut im Mittelpunkt stehen.

Unerwähnt blieben in der Rede, wie der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte weiter umgesetzt und der Schutz von Plattformarbeitern ausgebaut werden kann. Der knappe Verweis auf soziale Gerechtigkeit und Fairness spiegelt sich in der Absichtserklärung wider, in der die Vorschläge kaum über die Umsetzung der OECD-Abkommen im Steuerbereich hinausgehen.

Zwar sind diese Abkommen zu begrüßen, doch sollte die Europäische Union in diesem Bereich eine Vorreiterrolle spielen. Natürlich werden sich einige Mitgliedstaaten gegen die Eindämmung der Steuervermeidung stemmen, aber ohne politischen Mut der Exekutive lassen sich keine Ergebnisse erzielen.

Der Hinweis auf das Verbot der Zwangsarbeit ist zu begrüßen. Damit einhergehen sollten eine weltweite Sorgfaltspflicht und Gewährleistung der Menschenrechte, und es sollten zusätzliche Vorschläge zur Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse und unbezahlter Praktika vorgelegt werden. Dringend erforderlich sind Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, aber auch flankierende soziale Maßnahmen: Wenn wir keine EU-weiten Gelbwesten-Proteste wollen, dann muss die Energiearmut mit ausreichenden Mitteln und wirksamen Regulierungsmaßnahmen entschlossen bekämpft werden.

Vor uns liegt noch ein langer Weg. Wir dürfen nicht untätig zusehen, wie sich Millionen von Europäerinnen und Europäern kaum die Heizung leisten können, die Tarifverhandlungen geschwächt werden, einige große Unternehmen Steuern vermeiden und fossile Brennstoffe weiterhin subventioniert werden. Wir dürfen nicht untätig bleiben, solange mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung noch nicht geimpft ist. Wir müssen die Solidarität als Leitprinzip hochhalten, um eine gerechtere Zukunft für alle zu gewährleisten. (pr)



Klimanotstand bekämpfen: Keine Ausreden mehr!

Erklärung der Gruppe Vielfalt Europa

Es ist eindeutig, dass der Einfluss des Menschen die Atmosphäre, den Ozean und die Landflächen erwärmt hat. Der vom Menschen verursachte Klimawandel wirkt sich bereits in Form vieler beobachteter Veränderungen der Wetter- und Klimaextreme in

allen Regionen der Welt aus. (sechster IPCC-Sachstandsbericht, August 2021).

Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange, es gibt kein Entrinnen mehr. Regelmäßige schwere Überschwemmungen, Brände, Dürren und Wirbelstürme – so sieht die Welt aus, in der seit Erfindung der Dampfmaschine die Temperaturen um 1,1 bis 1,3 Celsius gestiegen sind. Die Auswirkungen des Klimawandels auf unser tägliches Leben lassen sich heutzutage nicht mehr ignorieren. Außerdem ist nicht absehbar, welche Folgen der Klimawandel noch haben wird, selbst wenn wir das Ziel des Übereinkommens

von Paris erreichen und die Erderwärmung auf 1,5°Celsius begrenzen. Die Zukunft unseres Planeten ist ernsthaft bedroht. Wir haben keine andere Wahl, als unsere gemeinsamen Zusagen zu erfüllen.

Eine Reduzierung der Emissionen wird nicht ausreichen, selbst wenn sie schneller vorangetrieben wird. Wir müssen zusätzlich massiv in die Ausarbeitung von Notfallplänen und in die Anpassung an den Klimawandel investieren. Dies erfordert ein Umdenken: Investiert wird heute – geerntet in der nächsten Generation. Dass wir aber investieren *müssen*, steht außer Frage. Erforderlich sind tragfähigere Finanzmittel, die durch ein starkes Engagement der Behörden, der Unternehmen, der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger gestützt werden. Der europäische Grüne Deal und das Paket „Fit für 55“ sind sowohl notwendig als auch dringend. Darüber hinaus sollte die EU...

Erklärung der Gruppe Vielfalt Europa

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Die Zukunft liegt in Ihren Händen – Wie sieht das Europa Ihrer Träume aus?

Am 18./19. November veranstaltet der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sein Seminar „Connecting EU 2021“, (früher „Medienseminar der Zivilgesellschaft“), an dem jedes Jahr Kommunikatoren von im EWSA vertretenen oder mit ihm verbundenen Organisationen der Zivilgesellschaft teilnehmen. Veranstaltungsort ist die Gulbenkian Stiftung in Lissabon.

Unter dem Titel „Wie sieht das Europa Ihrer Träume aus? Die Zivilgesellschaft und die Konferenz zur Zukunft Europas“ werden in dem Seminar „Connecting EU 2021“ drei der neun Themen behandelt, die für Bürgerdialoge im Rahmen der Konferenz vorgeschlagen wurden:

- Gesundheit;
- eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung;
- europäische Demokratie.

Der EWSA ist überzeugt, dass diese Themen Herzensangelegenheiten bzw. die dringendsten Anliegen der Europäerinnen und Europäern sind. Sie werden in drei Podiumsdiskussionen mit Rednern von Hochschulen, Forschern sowie Vertretern von Medien und Nichtregierungsorganisationen erörtert.

Der EWSA will mit dem Seminar sein tiefgreifendes Engagement für die Konferenz zur Zukunft Europas als wichtigen Schritt verdeutlichen, um das Vertrauen der Menschen in und ihre Unterstützung für die EU

zurückzugewinnen. Er hofft, dass die – sowohl in Lissabon anwesenden als auch per Webstream live zugeschalteten – Teilnehmer die Erkenntnisse des Seminars an die Mitglieder ihrer Organisationen zu Hause weitergeben. So kann die Veranstaltung dazu beitragen, mehr Europäerinnen und Europäer an der Debatte über die Zukunft Europas zu beteiligen und sie dabei unterstützen, ihre Ideen, Wünsche, Sorgen und Erwartungen zu dem Europa ihrer Träume zu äußern.

Erfahren Sie mehr über das Seminar <https://www.eesc.europa.eu/en/node/93131> (II).



Bereitstellung von Finanzmitteln für grüne und soziale Investitionen

Auf die Industrie kommen infolge der EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise große Herausforderungen zu. Wie lässt sich eine nachhaltige Finanzwirtschaft entwickeln, die dazu beiträgt, die Ziele des europäischen Grünen Deals zu erreichen und gleichzeitig auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sicherzustellen? Dieses heikle Thema wird am 18. Oktober in einem Webinar des EWSA erörtert.

Eine nachhaltige Finanzwirtschaft sollte dazu dienen, die Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals zu unterstützen, indem private Investitionen in Unternehmen und Projekte gelenkt werden, die den Übergang zu einer klimaneutralen, klimaresilienten, ressourceneffizienten

und gerechten Wirtschaft fördern. Diese Herausforderung können der Finanzsektor, Unternehmen, Regulierungsbehörden sowie Bürgerinnen und Bürger nur gemeinsam bewältigen.

In dem Webinar „**Lenkung von Finanzmitteln in Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien entsprechende Investitionen**“ werden die Teilnehmer der Podiumsdiskussion und per Videokonferenz zugeschaltete externe Interessenträger darüber diskutieren, wie sich diese Synergien und ein solches nachhaltiges Finanzwesen am besten verwirklichen lassen.

Das Webinar ist die dritte einer ganzen Reihe von Veranstaltungen zu einer neuen Industriestrategie für Europa. Der EWSA organisiert diese Veranstaltungen, um die künftige Industriepolitik der EU nach der COVID-19-Krise mitzugestalten. Zum Abschluss der Reihe findet im März 2022 eine große Konferenz statt, auf der der EWSA seine Ergebnisse mit dem französischen EU-Ratsvorsitz und der Europäischen Kommission erörtern wird.

Für weitere Informationen und/oder die Anmeldung zum Webinar klicken Sie auf diesen [Link](#). Hier erfahren Sie mehr über die Webinar-Reihe „[Der Weg zu unserer industriellen Zukunft](#)“. (dm)



Die geopolitische Dimension des europäischen Grünen Deals

Der europäische Grüne Deal wird unweigerlich Auswirkungen auf unsere Außenbeziehungen haben. Der Frage, inwieweit er sich darauf auswirken wird, soll auf einer Hybrid-Konferenz, die am 6. Dezember gemeinsam vom EWSA und dem Lösungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung (SDSN) der Vereinten Nationen in Brüssel veranstaltet wird, nachgegangen werden.

Der europäische Grüne Deal hat zum Ziel, die europäische Wirtschaft zu dekarbonisieren und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln, ohne dabei Menschen oder Regionen zurückzulassen. Mit der industriellen Transformation des eigenen Marktes will Europa zum Vorbild für andere globale Akteure werden.

Die internationalen Beziehungen der EU werden zwangsläufig durch die Nutzung grüner Energiequellen, insbesondere die Einführung des CO₂-Grenzausgleichssystems, sowie durch die Handelsabkommen der neuen Generation mit einem Schwerpunkt auf mehr Umweltverträglichkeit, die bevorstehende Revolution im Verkehrssektor und die neuen Herausforderungen und Chancen im Bereich der Beschäftigung beeinflusst werden.

Vertreter und Vertreterinnen aus der EU, des Lösungsnetzwerks für nachhaltige Entwicklung (SDSN) der Vereinten Nationen, des Weltklimarats (IPCC) und verschiedener weiterer staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen werden über diese bahnbrechenden Entwicklungen in der Politikgestaltung der EU diskutieren.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**, der Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Außenbeziehungen **Dimitris Dimitriadis** und weitere wichtige EWSA-Mitglieder werden zu Konferenzende die Schlussfolgerungen ziehen.

Erfahren Sie mehr über die Veranstaltung und/oder melden Sie sich an:

<https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/geopolitics-european-green-deal>. (dv/dm)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Katerina Serifi (ks)
Jasmin Kloetzing (jk)

Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Pablo Ribera Paya (prp)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

09/2021